Rheinische Kirche fordert Unabhängigkeit der Ditib von Türkei

2. Februar 2017

Düsseldorf (KNA) Die Evangelische Kirche im Rheinland (EKiR) fordert vom Moscheeverband Ditib eine Unabhängigkeit vom türkischen Staat. Notwendig sei eine strukturelle Trennung der Ditib von der türkischen Religionsbehörde Diyanet, erklärte Vizepräsident Johann Weusmann laut EKiR am Mittwoch in einem Gespräch mit Ditib-Vertretern im Landeskirchenamt in Düsseldorf. Präses Manfred Rekowski kritisierte die gegenwärtige Entwicklung als Belastung für das bislang kooperative Verhältnis. Weusmann verwies darauf, dass die Eigenständigkeit der Religionsgemeinschaften von staatlichen Stellen ein zentraler Grundsatz des deutschen Religionsverfassungsrechts sei. Das betreffe auch die Gestaltung der religiösen und theologischen Ausrichtung. „Wir haben vor allem Anfragen an den faktischen Einfluss von türkischer Seite“, so der EKiR-Vizepräsident. „Es ist nicht hinnehmbar, dass die türkische Religionsbehörde Diyanet und damit der türkische Staat bei den internen Angelegenheiten der DITIB mitreden und über die inhaltliche Richtung mitbestimmen darf.“ Unterdessen verglich Ditib-Generalsekretär Bekir Alboga im Interview der Katholischen NachrichtenAgentur (KNA) die Diyanet mit dem Vatikan. Die Religionsbehörde fungiere laut Satzung nur als „Schlichtungsstelle in religiösen Fragen“, sagte Alboga. „Das Präsidium ist darin eine spirituelle Instanz und ein theologisches Lehramt, wie etwa der Vatikan für die katholische Kirche in Deutschland.“ Zugleich unterstrich der Generalsekretär, dass das Präsidium in dieser Funktion bisher weder angefragt, noch von sich aus aktiv geworden sei. Die Frage des Verhältnisses von Ditib zu den türkischen Behörden steht im Raum, seit SpitzelVorwürfe gegen einzelne Imame des Verbandes laut wurden. Sie sollen Informationen über Anhänger des im US-amerikanischen Exil lebenden Predigers Fethullah Gülen an die türkische Regierung weitergeleitet haben. Die Ditib-Imame werden von Diyanet entsandt. Der rheinische Präses Manfred Rekowski rief nach dem Gespräch mit den Ditib-Vertretern die Kirchengemeinden auf, trotz der derzeit kritischen Anfragen an die Ditib am Dialog mit dem Moscheeverband und Begegnungen vor Ort festzuhalten. Am Treffen nahmen nach den Angaben neben Rekowski und Weusmann auch Oberkirchenrätin Barbara Rudolph, Kirchenrat Rafael Nikodemus und Pastorin Beate Sträter teil. Die Ditib war vertreten durch Alboga und Mehmet Günet. Beide Seiten wollten über die angesprochenen Fragen im Gespräch bleiben und hätten ein weiteres Treffen vereinbart. (KNA – rkmkl-89-00166)

Stand: 23. November 2026